Nr. 234 XXVIII. Jahrgang

Mittwoch, 22. September 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile, 32 mm breit, M. 2.–, für das Ausland M. 10.–. Reklamezeile, 91 mm breit, M. 6.–, mit Platzvorschrift M. 7.–, für das Ausland M. 20.–. Bei Listen- oder Rundsatz 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 40 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.25, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.25 ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 2.70, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.50. Einzelnummer 30 Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13525, 13638, 13897 und 17109. • Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060

Unverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Abberufung des Generals Le Rond?

☞ **Paris, 21. September.** (Eig. Drahtbericht.) **Wie hiesige Blätter melden, rechnet man in hiesigen maßgebenden Kreisen damit, daß die Abberufung des Generals Le Rond aus Oberschlesien als endgültig zu betrachten ist. Lloyd George hat die Absicht, die strittige Angelegenheit der Botschafterkonferenz zur Entscheidung vorzulegen. Außerdem wird wahrscheinlich eine genaue Untersuchung über die Vorgänge, die zu den französisch-englischen Zwistigkeiten Veranlassung gaben, eingeleitet werden. „L'Oeuvre" bestätigt dies und meint, die Angelegenheit sei ein Erfolg der deutschen Regierung in Oberschlesien.**

•

Die weitere Fortführung der jedes Rechtsempfinden brutal unter die Füße tretenden Politik Frankreichs in Oberschlesien hat sich also doch als unmöglich erwiesen. Die eigenen Bundesgenossen, voran England, haben dem unhaltbaren gedeihlosen und die Bestimmungen des Friedensvertrages souverän verachtenden Treiben endlich einen Riegel vorzuschieben gewußt. Als General Le Rond nach den letzten Vorfällen, die Frankreich aufs äußerste vor aller Welt bloßstellen mußten, so plötzlich nach Paris beschieden war, gab man französischerseits als den einzigen Zweck seiner Reise die Aufgabe an, durch persönliche Berichterstattung Aufklärung über die Gründe der andauernden Zwischenfälle zu schaffen. Dabei ließ man aber deutlich genug durchblicken, daß die Schuld an den Vorgängen lediglich die Deutschen treffe, die durch alldeutsche Verhetzung die Polen immer von neuem aufreizten, während die französischen Besatzungsbehörden auf durchaus loyale Weise nur ihre Pflicht und Schuldigkeit täten. Man aber müssen die Pariser Blätter mit einem Male melden, die Abberufung des Generals Le Rond aus Oberschlesien sei als endgültig zu betrachten. Ferner habe Lloyd George die Absicht, die strittige Angelegenheit der Botschafterkonferenz zur Entscheidung vorzulegen, und außerdem werde wahrscheinlich eine genaue Untersuchung über die Vorgänge in Oberschlesien eingeleitet werden, die zu den französisch-englischen Zwistigkeiten Veranlassung gegeben hätten. Eine solche Meldung aus solcher Quelle muß um so höher bewertet werden, als gerade die Pariser Blätter es sich bis jetzt stets angelegen sein ließen, das Bestehen einer „strittigen Angelegenheit", sowie „französisch-englischer Zwistigkeiten" bezüglich der oberschlesischen Frage entschieden in Abrede zu stellen.

Auch in diesem wichtigen Fall zeigt sich aber von neuem, daß es um die längst drückig gewordene Einigkeit innerhalb der Verbandsmächte bestellt ist. Freilich muß man in Paris die Sache so darstellen, als wenn auch in dieser Angelegenheit wieder allein Deutschland durch seine Machenschaften listig die Einigung zu stören wisse, und daß der Fall darum ein Erfolg der deutschen Politik sei. Daß sich aber Frankreich zuvor aufs gröbste ins Unrecht gesetzt hat, beweist die Tatsache, daß die Abberufung des Generals Le Rond lediglich auf einen von London ausgeübten Druck hin erfolgt ist. Diese Ansicht wird auch von der italienischen Presse ausdrücklich bestätigt. Nach dem Pariser Korrespondenten des „Corriere della Sera" ist die Abberufung ein äußeres Zeichen dafür, daß Frankreich sich dem Wunsche Englands gemäß endlich doch dazu entschlossen habe, eine Aenderung in seiner Besatzungspolitik in Oberschlesien eintreten zu lassen. Der Korrespondent weiß aber auch gleichzeitig von einer Gegenleistung Englands zu berichten, die in Wirklichkeit für England allerdings nicht sehr ins Gewicht fallen dürfte. England will nämlich Frankreich insofern entgegenkommen, als man von der Ersetzung Sir Reginald Towers, des Völkerbundkommissars für Danzig, durch eine andre Persönlichkeit spricht. Diese Ansicht scheint uns richtiger als die auch von uns verzeichnete Meldung, daß Sir Reginald Tower seiner Parteilichkeit gegen Deutschland wegen abberufen würde.

•

Rücktritt der englischen Kontrollbeamten

kg. Rotterdam, 21. September. (Eig. Drahtbericht.) **Wie die „Times" melden, haben die in Oberschlesien zurückgebliebenen englischen Kontrollbeamten die Rückkehr in ihre Amtstätigkeit verweigert, solange nicht die Entwaffnung der polnischen Insurgenten durch die alliierten Machtmittel durchgeführt sei. Zu den Besprechungen mit General Le Rond in Paris hat England zwei der zurückgetretenen Kontrollbeamten nach Paris berufen.**

•

Die heimattreuen Oberschlesier

+ **Breslau, 21. September.** (Eig. Drahtbericht.) Hier fand am 18. und 19. September der erste Verbandstag der vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier statt. Die Tagung, in der hauptsächlich Organisations- und Abstimmungsfragen behandelt wurden, war von Vertretern aller abstimmungsberechtigten Oberschlesier aus dem Reiche und aus Oberschlesien besucht. Es wurde der einmütige Wille der heimattreuen und abstimmungsberechtigten Oberschlesier sowohl im Reiche als in Oberschlesien zum Ausdruck gebracht, Oberschlesien unter allen Umständen dem Deutschen Reiche zu erhalten.

•

Eupen und Malmedy vor dem Völkerbund

Wie aus Paris verlautet, soll die Entscheidung des Völkerbundrates in der Frage der Volksbefragung in Eupen und Malmedy gegen Deutschland ausgefallen sein. Aus Brüssel meldet der Telegraph:

× **Brüssel, 21. September.** Hier sind an den Mauern durch die Stadtverwaltung Plakate angeschlagen worden, welche die Wiedervereinigung (!) von Eupen und Malmedy mit Belgien begrüßen und die Einwohner auffordern, Donnerstag zu flaggen. Das soll auch in den andern Städten Belgiens der Fall sein, da die Bürgermeister von der Regierung aufgefordert wurden, überall ähnliche Anschläge zu machen.

Sollte sich diese Nachricht, die im Widerspruch mit einer früheren, von uns mitgeteilten Meldung aus Paris steht, bewahrheiten, so wäre diese Entscheidung des Völkerbundes das offensichtlichste Unrecht, und der Völkerbund hätte damit ein für allemal bewiesen, daß er nie und nimmer das Vertrauen der höchsten Rechtsinstitution der Erde genießen kann.

•

Verschiebung der Genfer Konferenz

b. **Berlin, 21. September.** (Eig. Drahtbericht.) **Das Reichskabinett hat sich bereit erklärt, den französischen Vorschlag anzunehmen, daß der ursprünglich geplanten Konferenz von Genf offizielle Besprechungen der Sachverständigen vorausgehen.**

•

Aus der Wiedergutmachungskommission

☞ **Zürich, 21. September.** (Eig. Drahtbericht.) **Der „Züricher Anzeiger" meldet aus Paris: Die Wiedergutmachungskommission begründet ihren letzten Beschluß, die Schadenersatzforderungen an Deutschland nicht herabzusetzen, mit dem günstigen Stand der deutschen Volkswirtschaft, die gegenüber 1914 Lohnerhöhungen von 700 bis 1000 Prozent zugelassen habe, während in den Ententeländern die Löhne um höchstens 100 Prozent hätten erhöht werden können.**

Vor der Finanzkonferenz

Von unserm ☞-Korrespondenten

Haag, 20. September

Während der letzten Tage fanden hier Besprechungen der Holländischen Großbankdirektoren statt; zwei Regierungsbeamte nahmen an diesen Konferenzen teil, die sich ausschließlich mit den auf der Brüsseler Finanzkonferenz zu behandelnden Fragen beschäftigten. Bekanntlich ist der Leiter der Niederländischen Bank, Dr. Visserling, zum Chef der Abordnung ernannt worden, die in Brüssel die Anträge und Wünsche Hollands zu vertreten haben wird. Visserling selbst ist der Schöpfer des sogenannten Varter-Justini-Planes, dessen Zweck der auf größter Basis zu entwickelnde Waren- und Rohstoff-Austausch ist, und zwar unter Verrechnung der Ueberschüsse auf Grund einer internationalen Rechnungseinheit. Durch diesen Warenaustausch soll die Festigung der Valuten erreicht werden. Das Projekt fand englische Zustimmung, stößt aber noch immer auf französisch-belgische Opposition. Die holländische Abordnung will sich jedoch ganz besonders für eine internationale Anleihe einsetzen, die im Interesse des europäischen Wirtschaftslebens von entscheidender Tragweite ist. Auch hierin stützt die britische Bankwelt den Standpunkt der Holländer, wiewohl in den technischen Einzelheiten Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind.

Auf der Brüsseler Konferenz will die niederländische Mission über die Anerkennung des holländisch-deutschen Kreditabkommens durch die Alliierten verhandeln und eine Klärung in diese Angelegenheit bringen, deren Abwicklung sehr dringlicher Natur ist, weil Deutschland die aus diesem Abkommen entstehenden Vorteile endlich realisieren will. Andererseits ist in Holland die momentane Unsicherheit sehr groß, und die Kohlenversorgung müßte eine neue Organisation erhalten, falls die Alliierten die Lieferung deutscher Kohle an Holland verweigern sollten. Die holländische Abordnung wird den Standpunkt vertreten, daß sich die holländische Bankwelt an einer andern europäischen Anleihe nicht mehr beteiligen werde, wenn man von Seiten der Alliierten die Realisierung der mit Deutschland geschlossenen Uebereinkunft behindere. In den hiesigen maßgebenden Kreisen herrscht deshalb eine optimistische Auffassung vor, und man weist darauf hin, daß England seine vermittelnde Haltung in dieser Angelegenheit bereits bekundet habe.

Gestern wurde in der Bankkonferenz die Valutakrisis einer erneuten Besprechung unterzogen; ein leitender Bankmann wies auf die ruckweisen Kursstürze der Mark hin und empfahl das Zusammenwirken der holländisch-amerkantschen Finanzkreise, um die Festigung der Markvaluta in die Wege zu leiten. Schließlich liegt der hier tagenden vorbereitenden Konferenz noch ein Entwurf für die Organisierung sogenannter revolving credits (wiederkehrende Darlehen) vor, die den neu entstandenen Kleinstaaten in Europa, mittels eines internationalen Bankgruppe, gewährt werden sollen.

•

Die Abreise der Delegierten

Die deutschen Delegierten für die Brüsseler Finanzkonferenz, Herr von Glasenapp, Direktor der Reichsbank, und Herr Ulrig, Direktor der Diskonto-Gesellschaft, werden sich Mittwoch abend von Berlin aus nach Brüssel begeben. Staatssekretär Bergmann begibt sich von Paris aus dorthin. Die belgische Regierung hat dem Wunsche unsres Auswärtigen Amtes entsprochen und deutsche Pressevertreter ohne Beschränkung zugelassen.

Aus dem Freistaat Danzig

+ **Danzig, 21. September.** (Eig. Drahtbericht.) Der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten hat beschlossen, daß Oberbürgermeister Sahm und der Zentrumsabgeordnete Schuemmer die Legitimation erhalten, in Paris als Vertreter der Freistadt Danzig den zwischen der Republik Polen und der Freistadt Danzig abzuschließenden Vertrag zu unterzeichnen.

+ **Danzig, 21. September.** (Eig. Drahtbericht.) Da die Belieferung Danzigs mit deutscher Kohle nicht ausreichend ist, so will der Leucht- und Brennstoffversorgungsverband der Stadt Danzig 35 000 Tonnen amerikanische Kohle einkaufen. Der monatliche Bedarf Danzigs beträgt 38 000 Tonnen, geliefert werden aber von deutscher Seite nur 23 000 Tonnen. Der Preis für die amerikanische Kohle beträgt 25 Dollar für die Tonne, nach deutschem Gelde 1000 Mark. Das gesamte Kohlengeschäft würde demnach für Danzig 87 Millionen Mark kosten. Die Vertreter der Danziger Industrie haben sich gegen diesen Kauf ausgesprochen, da der hohe Kohlenpreis die Existenz sehr vieler Danziger Industrien schwer bedrohe. Die Freistaat-Regierung ist auch bei der Wiedergutmachungskommission vorstellig geworden, um überdies mehr deutsche Kohle zu erhalten. Der Antrag Danzigs ist jedoch abgelehnt worden.

Eine Erklärung Millerands

☞ **Paris, 21. September.** (Eig. Drahtbericht.) **Millerand hat gestern abend der Presse folgende Erklärung abgegeben: „Ich habe in meiner Rede vom 18. November 1919 die Ziele dargelegt, die unsre innere Politik zur vollen Durchführung des Versailler Vertrages im Einverständnis mit unsern Verbündeten verfolgen muß. Seit acht Monaten habe ich, unterstützt durch das Vertrauen des Parlaments, methodisch diese Politik verfolgt. Ich glaube, daß ich nirgends so viel nützen kann wie als Ministerpräsident. Wenn aber die Mehrheit der beiden Kammern meinen Aufenthalt im Elysee für vorteilhaft ansieht, so werde ich mich den Wünschen der Vertreter der Nation nicht verschließen."**

☞ **Paris, 21. September.** (Eig. Drahtbericht.) Nachdem gestern eine Reihe der hervorragendsten politischen Führer Millerand gedrängt hat, die Kandidatur für die Präsidentschaft anzunehmen, wurde im Laufe des Abends offiziös mitgeteilt, daß er, dem Wunsche der Nation folgend, sich entschlossen habe, die Kandidatur zu übernehmen. Als sein Nachfolger für die Ministerpräsidentschaft werden Briand, Barthou und Viviani genannt.

Der Krieg im Osten

Der neueste polnische Generalstabsbericht meldet u. a., daß die Polen bei der Verfolgung des Feindes nach schweren Kämpfen die Orte Hustatyn, Trembowla, Olejow, Tarnopol und Brody genommen hätten. Polnischen Abteilungen sei es auch gelungen, Dubno zu besetzen. Sehr bedeutende feindliche Kräfte, sagt der Bericht weiter, werden am Rjesno und an der Sezota zusammengezogen. Heute früh beschossen sie polnische Patrouillen bei Karolin in der Nähe des Weißen Sees.

Die polnischen Erfolge dauern also, wie auch das folgende Telegramm meldet, an:

☞ **Kopenhagen, 21. September.** (Eig. Drahtbericht.) **Nach einem Telegramm aus Warschau haben polnische Streitkräfte die Bolschewisten gezwungen, über die Strypa zurückzugehen. In der Gegend von Czortkow wurden bolschewistische Angriffe zurückgeschlagen.**

Ueber die Verhandlungen in Riga liegen keine neuen Nachrichten vor.

•

Flucht vor Polen

× **Kowno, 21. September.** (Litauische Tel.-Agentur.) Jüdische Bürger Polens fliehen scharenweise über die litauische Grenze, um vor den polnischen Judenverfolgungen und einer rücksichtslosen Mobilisation Schutz zu suchen. Die litauische Regierung wird dadurch in eine schwierige Lage gegenüber Polen versetzt.

•

Fortdauer des polnisch-litauischen Konflikts

Die litauische Telegraphen-Agentur teilt mit: Die litauische Delegation ist gestern abend aus Kawarsa nach Kowno zurückgekehrt, da die Verhandlungen zeitweilig unterbrochen worden sind. Die litauische Delegation hatte vorgeschlagen, zwischen der litauischen und polnischen Armee eine neutrale Zone zu errichten. Die Polen lehnten diesen Vorschlag ab und bestanden darauf, daß die litauischen Truppen sich auf die Foch-Clemenceau-Linie zurückzögen, was Litauen ablehnte. Die polnische Delegation erklärte, daß unter solchen Umständen eine weitere Besprechung unmöglich sei, und fuhr nach Warschau zurück. Der polnische Minister Sapieha hat in einem Funkspruch der lettländischen Regierung vorgeschlagen, daß die weiteren Verhandlungen zwischen Polen und Litauen in Riga stattfinden mögen. Demnach betrachtet Polen die Verhandlungen nur als unterbrochen. Auch der Völkerbundsrat hat sich für die Weiterführung der Verhandlungen ausgesprochen und den Wunsch geäußert, daß bis zur Wiederaufnahme der Verhandlungen keine Kriegsoperationen stattfänden. Der litauische Vertreter Professor Waldemar hat sofort zugestimmt. Paderewski hingegen hat erklärt, er könne erst heute früh eine Antwort geben.

•

Aufstand in Ostgalizien

× **Moskau, 21. September.** (Durch Funkspruch.) Nach hier eingetroffenen Meldungen sind in Ostgalizien Aufstände ausgebrochen. Die Aufständischen haben in den Karpathen starke Streitkräfte konzentriert und versuchen, die Bahnlinie Lowaischnja—Stryj—Stanislawow zu besetzen. Die Aufständischen setzen überall ukrainische Verwaltungen ein.

Die Schäden der Transportkontrolle

☞ **Genf, 21. September.** (Eig. Drahtbericht.) **„Echo de Paris" meldet: Dem deutschen Botschafter wurden zwei weitere Noten der Friedenskonferenz überreicht, die sich mit neuen Fällen der vertragswidrigen Aufhaltung von Ententezügen durch deutsche Eisenbahner befassen und in allen Fällen die Schadenersatzfrage aufrollen.**

× **Minden, 21. September.** Hier liegt eine große Menge von Kartoffeln versandbereit, die von der Reichskartoffelstelle zur Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung von Dortmund bestimmt ist. Die Versendung kann jedoch nicht erfolgen, da die Eisenbahner die Verladung nicht zulassen.

Der Kampf um Fiume

× **Belgrad, 21. September.** (Südslawisches Pressebureau.) Der Ministerpräsident Trumbitsch erklärte in der Kammer, daß die Verhandlungen in der Adriafrage bisher erfolglos geblieben seien. Südslawien werde die Unabhängigkeit der Stadt Fiume nicht anerkennen. Die Regierung hoffe ferner, daß bei der italienischen Regierung der gute Wille bestehe, die Verhandlungen über die Verteilung der österreichischen und ungarischen Handelsflotte fortzusetzen und zu beenden.

Ein Notschrei aus dem Auslande

Wohl nur einem verschwindend kleinen Teile des deutschen Volkes wird es bekannt sein, daß heute, im September 1920, noch ca. 10 bis 15 ehemalige deutsche 4- bis 6000-Tonnen-Dampfer und ca. 50 Segelschiffe in außereuropäischen Gewässern weilen, und es dürften daher die folgenden Zeilen, die uns von einem Schiffsingenieur des Dampfers „Göttingen", auf welchem auch ein Dresdner weilt, zugehen, überall im deutschen Lande ein teilnehmendes Echo finden.

Vier Jahre und länger lagen 32 deutsche Dampfer und zirka 60 Segelschiffe wohlbewahrt durch die strikte Neutralität Chiles gegen das lüsterne Verlangen unsrer Feinde in chilenischen Gewässern zu Anker. Da verdüsterte sich im August 1918 auch der politische Horizont zwischen Chile und unserm Vaterlande. Den Machenschaften der Alliierten schien endlich der Erfolg beschieden zu sein, Chile zur Besetzung der deutschen Schiffe, die den Alliierten je schon längst ein Dorn im Auge, zu bewegen. Doch der deutsche Gesandte in Chile hatte gute Verbindungen, er bekam Wind von der Sache, und so machten wir Seeleute am 2. September 1918 das Verlangen der Alliierten nach unsern schönen Schiffen dadurch zuschanden, daß wir die Hauptmaschinen unsrer Dampfer in Trümmer legten. Die chilenische Regierung schien froh zu sein, daß es so gekommen, denn nun brauchte sie die deutschen Schiffe sich ohne irgendein Anrecht nicht mehr anzueignen, da nach Dampfern, die sich nicht mehr fortbewegen konnten, auch die Alliierten kein Verlangen trugen.

Der alle Deutschen in der ganzen Welt niederschmetternde Waffenstillstand kam. Unsern Feinden wurde unsre Handelsflotte ausgeliefert. Die bittere Not jedoch, welche die nächsten Monate unserm geliebten Vaterlande brachten, ließ uns deutsche Seeleute im Ausland bald über die durch den Verlust der Handelsflotte dunkel vor uns liegende Zukunft hinwegsehen. Und so nahmen wir, da unsre Schiffe durch die Zerstörung unsrer Hauptmaschinen doch wertlos geworden und uns in Zukunft ja doch nicht mehr gehören sollten, ihre Besetzung (am 4. November 1918) durch Mannschaften der chilenischen Kriegsmarine, wohin es die Hetzereien der im Dienste der Alliierten stehenden chilenischen Presse schließlich doch gebracht, in aller Ruhe hin. Störten uns diese chilenischen Kriegsschiffsleute doch auch in keiner Weise in unsern alten Gewohnheiten, und als am 25. März 1919 die Besetzung ihr Ende erreicht hatte, schieden sie von uns als unser aller Freunde. Somit waren unsre Schiffe wieder frei, und die deutsche Flagge konnte wieder gesetzt werden. Wer von uns aber hätte damals gedacht, daß wir nun noch jahrelang in der Fremde zurückgehalten würden!

Deutschland wurde gezwungen, den Frieden zu unterzeichnen. Doch ebensowenig, wie sich die Alliierten verpflichtet fühlten, nunmehr die in ihrer Gefangenschaft schmachtenden Deutschen nach Hause zu senden, ebensowenig wurden Schritte für unsre Heimkehr eingeleitet. Denn im Laufe der Monate hatten die Alliierten durch ihre ausländischen Experten ebenfalls den genauen Zustand unsrer Maschinenanlagen feststellen lassen und waren dabei zu der Ueberzeugung gekommen, daß an Reparatur in Chile nicht zu denken sei. Der Engländer hatte sich bald überzeugt, daß es ihn eine Menge Mühe kosten würde, die nur noch „Wracks" gleichenden deutschen Dampfer nach England oder Deutschland zur Reparatur zu bringen. Diese Mühe überließ er lieber den Deutschen. So wurden denn im Oktober 1919 von den deutschen Reedereiagenturen die für die Schleppreise unsrer Dampfer nötigen Reparaturen in den Landeszeitungen ausgeschrieben, alsbald vergeben und dadurch den Besatzungen die Gewißheit, ihre auf höheren Befehl in hilflose Wracks verwandelten Schiffe selbst zur Grundreparatur nach Europa bringen zu müssen.

Da aber das Herüberbringen unsrer Schiffe nur mit Hilfe großer seetüchtiger Schlepper möglich war, so mußten wenigstens die Steuervorrichtungen, die ebenfalls vollständig zerstört worden waren, wiederhergestellt werden. Da aber die chilenischen Werften und Maschinenfabriken nicht so weit fortgeschritten sind, um derartige Steuermaschinen anfertigen zu können, so wurden nach den Plänen der Bordingenieure einfachere, provisorische Steuervorrichtungen eingebaut, die sich denn auch — wenigstens bei einigermaßen gutem Wetter — bisher gut bewährten. Einige der in Valparaiso liegenden Dampfer hatten jedoch bedeutend größere Reparaturen auszuführen. Diese waren nämlich während eines vom 12. bis 14. Juli 1919 an der chilenischen Küste wütenden Orkanes im offenen Hafen von Valparaiso von ihren Ankerplätzen vertrieben und miteinander kollidiert, sich dabei teilweise solche Wunden schlagend, daß einige von ihnen nur mit Mühe über Wasser gehalten werden konnten. Zwei deutsche Dampfer wurden während dieses Unwetters auf die Felsen geworfen, wo sie unter Verlust von zehn blühenden Menschenleben zerschellten. Doch die Wunden der noch schwimmenden Schiffe mußten wieder geheilt werden, und zwar geschah das unverständlicherweise nur provisorisch, wobei Holz und Konkretmassen eine große Rolle spielten.

Diese Reparaturen wurden Ende November 1919, also ein Jahr nach Abschluß des Waffenstillstandes, in Angriff genommen. Wahrlich, unsre Geduld wurde auf eine harte Probe gestellt. Aus den jetzt reichlicher eintreffenden Briefen unsrer Lieben daheim tönten uns immer wieder die gleichen Fragen entgegen: Warum kommt ihr noch nicht heim? Dürfen wir euch endlich zum Weihnachtsfest erwarten? Seid ihr noch nicht unterwegs usw.? Aber auf alle diese Fragen mußten wir ein hartes Nein erwidern. Ende Januar 1920 kamen endlich zwei deutsche Schlepper in Valparaiso an, die mit dem Abschleppen der bereits fertigen Schiffe nach den Salpeterhäfen Chiles begannen. Doch was bedeuten zwei Schlepper für die zwölf allein in den Südhafen Chiles liegenden und abzuschleppenden Schiffe? Viele Monate mußten und sind denn auch vergangen, um diese Schiffe nur erst mal nach ihren Ladehäfen zu

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200922/1